

Bezugsgebühr:

Wochentheil für Dresden bei täglich  
unterbrochener Bezugnahme durch unsere  
Posten abweist und wünscht, am  
Samstag und Sonntags nur einmal  
ab 11 Uhr bis 12 Uhr, durch ausdrückliche  
Bemerkung in der Befehlsschrift, die  
einzuhaltende Zeitung durch die  
Post abzuholen, ohne Belehrung, im Aus-  
land mit entsprechendem Gedruckte.  
Nachdruck aller Art ist u. Original-  
Abdruckungen nur mit deutlicher  
Quellenangabe (Dresden, Radebeul, etc.)  
zulässig. Nachdrückliche Sonderar-  
gumente werden überprüft; unerlaubt;  
unverlangt. Plauschrede werden  
nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Carill.

# Sächsische Nachrichten

Gegründet 1856

**Posner & Co.**, Prager Straße 32

partie und 1. Etage.

Herrschneidergeschäft 1. Ranges. Neue Sommer-Mode für die Riviera.

Einnahme von Kündigung  
bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und  
Feiertags nur Warenkasse ab 11 Uhr 1/2 Uhr. Die spätere Wom-  
bale i. a. 8 Silber 30 Pf. Zu-  
fahrten auf der Brücke 25 Pf.; die 250 Meter lange auf der  
Brücke 10 Pf., als Eintritt 10 Pf.  
Am Samstag nach Sonne  
und Feiertagen 10 Pf. Grundstücke  
10 Pf., auf Brücke 10 Pf.,  
250 Meter lange auf der Brücke 10 Pf.,  
als Eintritt 10 Pf. Nachträge hinzu  
nur gegen Vorababrechnung.  
Belegblätter kosten 10 Pfennig.

Bernsprecher: Nr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Telegraph-Adresse:  
Nachrichten Dresden.

Rudolph Seelig & Co.  
30 Prager Straße 30.

Große Auswahl in

Kotillon- u. Scherzartikeln:

Japan. Kotillons von Mark 0,50 an, Schuhe, Schals, Mützen, Fleher,

Haarschmuck, Sonnenschirme, Kotillondieschenke etc. etc.

Raucht PATENT STRICKSTÜCK CIGARETTE. von

3 Pf. an

Egyptian Cigarette Company

Cairo - Berlin W. 64. - Frankfurt a. M.

Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber,  
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.



Gummischuhe

Sohlen und Absatzplatten

a. Gummisohle, Obergummi

für Gewerkschafts- u. Reparaturen.

Reinhardt Leupolt

Gummifabrik Dresden-Kennitz.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paleot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigen Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.

91. 42. Spiegel: Deutschland und Frankreich auf der Konferenz. Hofnachrichten, Alsbob verbot, Landtags-Verhandlungen, Reichstag, Gewerbeaufsicht, Dienstag, 13. Februar 1906.

## Der kritische Punkt in der Marokko-Frage

ist plötzlich wieder mit unangenehster Schärfe in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt worden. Nachdem die ersten Wochen auf der Konferenz in Algeciras einen günstigen und hoffnungsvollen Gang der Verhandlungen gebracht hatten, wird es jetzt bitter ernst, wo die Delegierten an die eigentlichen Hauptfragen und Schwierigkeiten herantreten. Bei Beratung des marokkanischen Polizeiauftrags ließliche Windböe oder richtiger sagst, Sturm vor dem Sturm... Bei Erörterung der für Marokko geplanten Steuer, Zoll- und Finanzfragen jährlings Windböe hin und her... und nun, wo die Delegationen den kritischen Punkt der ganzen Marokko-Auseinandersetzung — die Polizeiaufträge — aufstellen, bevor er noch zur Beratung dran ist, und die Steuer-, Zoll- und Finanzfragen nur in Verbindung mit der Regelung der Polizeiaufträge für Marokko verhandelt werden, kommen die Sturmboten in Sicht, und zwar besonders in den der französischen Regierung nahestehenden Blättern, wie im "Temps", "Matin" und "Journal des Débats". Aber auch in der vertraulichen Abklunganahme, die unter den Diplomaten in Algeciras stattgefunden hat, sich der deutsch-französische Gegensatz bezüglich der Polizeiaufträge sehr scharf herausgebildet, und die leichten Reuter-Welbungen haben keinen Zweck darüber gelassen, dass in diesem Hauptpunkt auf der Konferenz nicht nur nicht die Verständigung nahe ist, sondern zunächst sogar ernste Schwierigkeiten auszubrechen drohen. Die Schuld an dieser unverantworteten Verschlechterung der internationalen Lage trifft einzig und allein Frankreich, hinter dem als treibender Teil allerding — wenn nicht alles täuscht — England zu stehend scheint, dasselbe England, um dessen Gunst wir die letzte Zeit so eifrig in allerhand Schriften, Versammlungen, Reden und Resolutionen geworben haben, ohne daß — leider! — ein entsprechendes Echo dieser Freundschaftsbewährung jenseits des Kanals zu konstatieren wäre. Es ist ein schönes und bereites Zeichen für die ehrliche Arie des deutschen Volkes, daß es in erstaunlich abstreichen und imposante Kundgebungen in fast allen größeren Städten seinen Willen dahin ausgedrückt hat, so weit es an ihm liegt, mit England in einem aufrichtigen Freundschaftsverhältnis zu gelangen. Was soll man annehmen, dass dann sagen, daß unsere lieben britischen Freunde sich trotzdem so aufsässig fühlen und auch in der Marokko-Frage mit Eifer die Sache Frankreichs gegen uns verfechten? Gibt es weiter nicht ernst zu denken, daß Königin Eduard trotz der vielfachen offiziellen Besuche unseres Kaisers am englischen Hofe auch gelegentlich der nahe bevorstehenden Silberhochzeit am Berliner Hofe sich dort nur durch einen untergetauchten Standpunkt Marokkos vertreten lassen wird? Es muß doch möglich in der Welt stehen und lädt auf keine guten Absichten und gegenüber schließen, wenn England gemeinsam mit Frankreich binnen kurzer Tage wiederum vier große Linienfrachtschiffe und ebensoviel Kreuzer von der Mittelmeerstation nach der Nordsee ziehen will, nachdem es erst Ende vorigen Jahres sein gesamtes ostasiatisches Schlachtkreuzergeschwader gleichfalls nach der Nordseestation dirigiert hat.

Wenn nicht in jüngster Zeit wieder etwas Geheimnisvolles hinter den Couliers zwischen Frankreich und England vor sich gegangen ist, versteht man es füglich gar nicht, weshalb der Wind in Frankreich jetzt auf einmal so jäh ungesprungen ist, denn Deutschlands Haltung in der Marokko-Frage ist noch heute genau dieselbe, wie bisher: Deutschland ist zwar geneigt, bezüglich der marokkanischen Staatsbank den überwiegenden Einfluss des islamischen Reichs kommerziell meist interessierten Frankreich in gewissen Umfang anzuerkennen, wird aber niemals darin einwilligen, daß die Ausübung der gesamten Polizeigewalt und damit Marokko selbst in Frankreichs Hände ausgeliefert werde. Weshalb also der plötzliche und eigenmächtige Umschwung der publizistischen und offiziellen Stimmung in Frankreich? — Wer eine politisch seine Witterung hat und, um mit dem Fürsten Bülow zu sprechen, „eine Fliege hinter seinem Rücken durchs Zimmer fliegen“ merkt, der konnte schon seit fast einer Woche am Wettermometer in Paris erkennen, daß die Temperatur zu sinken anfinge. Besonders wahrnehmbar wurde diese Tatsache bei dem Angriff der führenden französischen Blätter gegen den früheren Marineminister de Lanessan, der im „Süde“ dafür eingetreten war, daß der Sultan von Marokko — um den Schwierigkeiten in der Polizeiaufträge auf gute Weise ein Ende zu machen — den förmlichen Auftrag erhalten, die Polizei in seinen Staaten selbst zu leiten unter Mitwirkung und Aufsicht der diplomatischen Vertreter der europäischen Staaten bei seiner Regierung. Dass Frankreich gegen eine solche Vereinbarung nichts einwenden könne, begründete Lanessan mit folgendem Hinweis: „Die französische Regierung hat in ihren Unterhandlungen mit Deutschland auch keinen allgemeinen Auftrag für die Organisation und Leitung der Polizei in Marokko verlangt. In allen bekannt gegebenen Aktenstücken verlangt Frankreich und bewilligt ihm Deutschland eine bevorzugte Stellung, was die Polizei an der algerischen Grenze angeht, nirgends aber geht die Rede von

einer allgemeinen Polizei des Sultanats.“ Scharfsinnzeichnete Lanessan den freien Widerstand zwischen dem mit Deutschland vereinbarten Programm und einer etwaigen Forderung Frankreichs, in ganz Marokko allein den Sicherheitsdienst zu leiten, womit zugleich der Verpflichtung widerstrebten würde, die Unabhängigkeit des Sultans, die Integrität seines Landes und die vollständige Handelsfreiheit zu achten. „Es wäre von unserer Seite ein Wahnsinn, etwas für andere zu tun, was wir kaum für uns selbst in Algerien tun können; und ich glaube noch wie vor, daß esslug wäre, in Algeciras nicht mehr zu verlangen, als was wir in unserem Vereinkommen mit Deutschland verlangt haben.“ Die maßgebend inspirierten Pariser Blätter wendeten sich gegen diese Lanessansche Auffassung im wesentlichen mit der Behauptung, Deutschland habe früher zugesagt, daß Frankreich nicht nur im Grenzgebiet, sondern auch in den übrigen Teilen Marokkos stärker Interessen habe, als irgend eine andere Macht. Frankreich könne daher niemals zugeben, daß unter dem Vormund einer internationalen Polizei eine fremde Macht in Marokko festen Fuß fasse. Damit ist man also wieder am Anfang angelangt, und es bleibt nur zu bedauern, daß die französische Presse sich nicht mehr Zurückhaltung aufserlegt, sondern durch ihre impertinenten Artikel noch Öl ins Feuer giebt. Die deutsche Presse hat erfreulicherweise bisher ruhig Blut behalten, und erst jetzt, wo man in Frankreich öffentlich und wider alles Erwartet dagegen übergeht. Delcassische Politik ohne Delcasso zu treiben, rauscht und raunt es im national gekündigten Blätterwald mit mehr oder minder verhaltenem Grinsen über das gefährliche Spiel, das Frankreich treibt.

Wir wollen belanglos in Marokko nichts, was wir nicht auch allen anderen Staaten gönnen, nämlich in der Haupthandelsroute die offene Tür für unseren Handel. Darum können wir aber auch auf seinen Fall dulden, daß Frankreich uns dies gute und durch die Madrider Konvention verbürgte Recht verlämmert und Marokko ebenso wie Alger und Tunis ganz an sich reißen will. Deutschland will wortlich nicht den Gendarm im nordafrikanischen Scherifentreich spielen, kann aber andererseits nicht zusehen, daß Frankreich auf dem Umwege der Gendarmerie Rolle keinerfalls sich dort als Macht aneignet. Der Standpunkt der deutschen Politik ist durch den im Weißbuch vorliegenden Entschluß des Reichskanzlers vom 16. Juni 1905 an den kaiserlichen Reichstag in Paris festgelegt. Die deutsche Politik kämpft damit nur für ihr gutes Recht und würde nach allem Vorangegangenen ihr Ansehen ganz loslösen schwächen, wenn sie vor dem jetzt plötzlich wieder aus der Verhüllung aufgetauchten egoistischen Standpunkt Frankreichs kapitulieren würde. Von der plumpen Bluffstafette, wie sie mit drohenden Zeitungsausschlüssen und Schiffsgespannungen in der Nordsee jenseits der Vogesen und des Kanals beliebt wird, läßt sich bezeugt sein Deutscher mehr imponieren: Vorge machen gilt nicht. Auch die deutsche Presse wird gut tun, sich in ihrer Gelassenheit nicht stören zu lassen, denn es ist selbstverständlich, daß die wichtigsten Probleme, die in Algeciras ihrer Erledigung hatten, nicht durch Zeitungsartikel, sondern nur durch die Regierungen und ihre Delegierten gelöst werden können. Trotz aller Er schwerisse einer gültigen Einigung zwischen den deutschen und französischen Grundanschauungen in der Marokko-Frage braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß doch noch etwas Positives herauspringt. Sollte der schlimmste Fall eintreten, daß die Konferenz in Algeciras erfolglos ausgehen würde, — und zur Erfolglosigkeit müßte natürlich auch jedes Provisorium gerechnet werden — so braucht deshalb zwar der Krieg noch nicht gleich auszubrechen, aber die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich wäre doch so groß, daß man in beständiger Gefahr leben würde. Frankreich muss und wird voransichtlich Einsicht haben und es nicht zum äußersten treiben!

## Neueste Drahtmeldung vom 12. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das ganz spätliche besetzte Haus nimmt zunächst die Gesetzesnovelle betr. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Gerichtsstand von Militärbehörden in dritter Leitung definitiv an und legt dann die Beratung des Staats des Reichsamtes des Innern beim Titel Staatssekretär fort. — Abg. Stadttagen (Soz.) bekannt, daß die sozialpolitische Sicherungs-Gesetzgebung die Atemlosigkeit nur auf Seiten der Arbeiter verhindert habe. Von Wohlwollen gegen die Arbeiter sei keine Rede. Was die bürgerlichen Parteien bei den verschiedenen Formen der sozialen Sicherung beschlossen hätten, bleibe weit hinter dem zurück, was damals seine Partei gefordert habe. Die Krantenfälle auf dem Lande sei ebenso miserabel wie die Löcher der Vandarbeiter. Auch der wirklich arbeitende Bauer stehe elend da gegenüber dem großen Grundbesitzer Abg. v. Andorff: Ja, den haben Sie nun nicht! Heiterkeit! Ich nein, Ihre Zollpolitik schändigt den Bauer und nicht nur den Großgrundbesitzer. Redner verlangt Ausdehnung der Rentenversicherung auf die Landarbeiter und erörtert dann den Konflikt der Hintersiedler Rentenversicherung mit den dortigen Arzten. Das Einschreiten der Aufsichtsbehörde dagegen sei ein schroffer Rechtsbruch und eine Verneinung. (Als Redner im weiteren Verlauf wiederholt auf Anschreien aus dem Hause antwortet, bemerkt Präsident Graf Ballerup, der ihn gelegent-

lich schon erachtet hatte, Zwiegespräche zu unterlassen: Ich bitte nochmals, um Zwiegespräche nicht zu antworten, geben Sie nichts an. Sie halten Ihre Rede und damit Ballot. Heiterkeit! Redner wendet sich gegen einige wenige Auslassungen der Abg. Eichhoff und Mugdan. Es sei ihm eigentlich widerlich, aus Auslassungen so tiefliegender Art einzugehen, aber wenn man über die Straße gehen müsse und die Straße sei schmal, so sei es eben nicht zu vermeiden, in den Schuh zu treten. Was Mugdan über allerlei Vorgänge bei den Krankenfassen gesagt, sei unwahr. Redner ergibt sich weiter in Angericht auf die Gutsbesitzer und auf die Regierung. Bei der letzteren steht es offenbar an gutem Willen, den Arbeitern zu helfen. Wenn Arbeiter streiken, würden sie bestraft, große Beträger lasse man lautlos. Wörter würden vergeblich gerufen. Das Vermögen der Wohlhabenden wachse. Im Bereich sei das ergänzungspolitisch wichtige Vermögen seit 21 Jahren um 19 Milliarden gestiegen, und da stellten sich diese Leute hin und fragten, daß die sozialen Kosten nicht tragen könnten. Da wurde die Eribierung der Arbeiter einen Ausweg suchen. Es sei nicht zu verlangen, daß sie immer nur für Rhinogroße arbeiten. — Abg. Beyer (natl.) erwidert dem Abg. Soz.: Wenn alles, was dieser über die Arbeitsverhältnisse in der Stahl- und Eisenindustrie gesagt, wahr wäre, dann wären ja die Gewerbeaufsichtspflichtige Vermögen seit 21 Jahren um 19 Milliarden gestiegen, und da wären sie nachweisbar unrichtig. Graf Poladomsky habe bei seinen Berechnungen über die Berechnungen unserer Industrie unsere Arbeiter einseitig gelobt. Wie gebräucht das sei, zeige die sozialdemokratische Presse. Tatsächlich hätten sich doch auch die Leiter unserer Industrie hervorragende Verdienste erworben, und diese seien vom Staatssekretär nicht gewürdigt worden. Die Eisen- und Stahlindustrie brauche eine Enquete nicht zu scheuen. Von höheren Schichten, von denen das ist, ist überhaupt nicht die Rede, ebenso wenig von einer ununterbrochenen zwölfjährigen Schicht an Hochöfen und Walzwerken. Regelmäßige Pausen liegen sich in einem modernen Walzwerk zwar nicht einrichten, aber für den einzelnen erleidet die Schicht stets eine zweihundige Unterbrechung zum Speisen und Ausruhen. Redner widerrichtet ferner im einzelnen den falschen Angaben über die Verhältnisse bei Hochofen, Dillinger Hüttenwerk usw. — Ministerialdirektor Casper erwidert, daß der augenscheinlich nicht anwendbare Staatssekretär bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen habe, daß er selbstverständlich auch die Verdienste der deutschen Ingenieure um unsere Industrie angemerkt habe und daß er dies wiederholt ausgesprochen habe, u. a. auf dem letzten Handelsstage. Der Vorredner wollte das allerdings nicht gelten lassen, weil es nur darauf ankam, was der Staatssekretär hier gezeigt habe. Man könne doch nicht bei jeder Gelegenheit alles sagen, was man denkt. In dem Zusammenhang, um den es sich hier nun wirklich handelt, habe der Staatssekretär keinen freien Ansatz gehabt, neben den Arbeitern auch den Ingenieuren zu gedenken. — Abg. Stöder (christl.-l.) hält den Sozialdemokraten vor, daß einige Tage vor dem 21. Januar bei einem Waffenhändler 29 Revolver gekauft worden seien. (Lachen links!) Diese seien doch gewiß nicht gekauft worden, um Arbeiter zu schießen. (Erneutes Lachen.) Diese Tatsache beweise, daß es etwas habe geben sollen. Sicher sei auch, daß an der Aufrührbewegung in Rußland die Sozialdemokratie beteiligt sei. In der sozialdemokratischen Presse, in „Wortwirt“, kommt beständig der Vorgänge in Rußland die reine Spitzbüben-Noral zum Ausdruck. Aber trotzdem müßten wir auf der Wahrheit der sozialen Reformen vorwärts: vor allem sei für die Hauerarbeiter zu sorgen. Wenn man erst einmal die Resultate der russischen Revolution vor Augen habe, die doch auf die Sozialdemokratie zurückzuführen sei, so viel verwüstetes Eigentum, so viel ermordete Arbeiter, die doch alle auf das Konto der Sozialdemokratie kommen. (Lachen links!) So sollte man meinen, daß sich auch unsere Arbeiter wieder von der Sozialdemokratie abwenden müßten. Das Wort des Grafen Poladomsky, daß er Hilfe von den christlich-sozialen Arbeitern erwartete, sei ins Auge hinzusehen. — Abg. Stöder (christl.-l.) hält den Sozialdemokraten vor, daß einige Tage vor dem 21. Januar bei einem Waffenhändler 29 Revolver gekauft worden seien. (Lachen links!) Diese seien doch gewiß nicht gekauft worden, um Arbeiter zu schießen. (Erneutes Lachen.) Diese Tatsache beweise, daß es etwas habe geben sollen. Sicher sei auch, daß an der Aufrührbewegung in Rußland die Sozialdemokratie beteiligt sei. In der sozialdemokratischen Presse, in „Wortwirt“, kommt beständig der Vorgänge in Rußland die reine Spitzbüben-Noral zum Ausdruck. Aber trotzdem müßten wir auf der Wahrheit der sozialen Reformen vorwärts: vor allem sei für die Hauerarbeiter zu sorgen. Wenn man erst einmal die Resultate der russischen Revolution vor Augen habe, die doch auf die Sozialdemokratie zurückzuführen sei, so viel verwüstetes Eigentum, so viel ermordete Arbeiter, die doch alle auf das Konto der Sozialdemokratie kommen. (Lachen links!) So sollte man meinen, daß sich auch unsere Arbeiter wieder von der Sozialdemokratie abwenden müßten. Das Wort des Grafen Poladomsky, daß er Hilfe von den christlich-sozialen Arbeitern erwartete, sei ins Auge hinzusehen. — Abg. Beyer (Soz.): Stöder habe den Sozialdemokraten schon Anfang der siebziger Jahre Kampf bis ans Neuerjahr angekündigt; seitdem habe die sozialdemokratische Wählerbasis von 100 000 bis auf 3 Millionen zugenommen. Wir stehen, jeder Redner fort, die russische Revolution mit ganz anderen Augen an, als er. Leben ist nicht notwendig, aber frei sein ist notwendig. Wir wollen in friedlichem Kampf Rechte erringen. Wenn irgend einmal bei uns von einem anderen Raum die Rede gewesen ist, so ist das nichts, was gelehrt werden kann. Kein anständiger Mensch kann mit ihnen zusammengehen. Für die Arbeiter haben wir mehr Fürsorge als jene. (Lachen links.) Von ihnen scheide uns aber vor allem unsere christliche, hilfreiche Idee. (Verfall rechts!) — Abg. Beyer (Soz.): Stöder habe den Sozialdemokraten schon Anfang der siebziger Jahre Kampf bis ans Neuerjahr angekündigt; seitdem habe die sozialdemokratische Wählerbasis von 100 000 bis auf 3 Millionen zugenommen. Wir stehen, jeder Redner fort, die russische Revolution mit ganz anderen Augen an, als er. Leben ist nicht notwendig, aber frei sein ist notwendig. Wir wollen in friedlichem Kampf Rechte erringen. Wenn irgend einmal bei uns von einem anderen Raum die Rede gewesen ist, so ist das nichts, was gelehrt werden kann. Kein anständiger Mensch kann mit ihnen zusammengehen. Für die Arbeiter haben wir mehr Fürsorge als jene. (Lachen links.)

Prumanns Erbswurst!  
Prumann Suppe! \* Fahl Radbeli is.

1000